

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Mai 2008

58. Jahrgang, Nr. 667

Ein Faktor, der man nicht unterschätzen darf

Beim Verfassungsschutz weiß man, warum man die LINKE im Blick behalten will

Sind in ihren Reihen wirklich linke Extremisten, die mit außerparlamentarischen Mitteln, also mit Gewalt und Umstürzen, die politische Landschaft der Bundesrepublik verändern wollen? Und heißt *verändern* dann *enteignen, verstaatlichen und gleichmachen*, und bedeutete dies, dass die Mehrheit der politisch Andersdenkenden wie weiland in der DDR und der SBZ hinter Gitter oder in den Erschießungskeller wandern müssen?

Diese Fragen bewegen nicht nur die ehemaligen politischen Gefangenen des SED-Regimes, es sind auch die Instanzen der Geheim- und Nachrichtendienste unserer heutigen Zeit, die die Linkspartei im Visier haben. Nach den jüngsten Berichten wurde festgestellt, dass es weiterhin Anlass gäbe, jenes Potenzial, das unter dem Deckmantel der Linken agiert, mit besonderer Wachsamkeit im Auge zu behalten. So ist es zum einen das Bundesamt für Verfassungsschutz, das nach Aussage seines Chefs Heinz Fromm „die Duldung, Nutzung und Integration eindeutig extremistischer Kräfte“ in der Linkspartei erkennt und daher die Überwachung der (in den Bundestag gewählten!) Partei für dringend erforderlich hält. Diese Kräfte, so sagt es der über die Linkspartei angefertigte sechs Seiten umfassende Bericht zum Jahr 2007 aus, agierten keineswegs versteckt. Ihr Zentrum sei mit ca. 840 Personen die kommunistische Plattform (KPF) innerhalb der Partei, wobei es allerdings bei den Linken selbst auch heftige Diskussionen gab, sich dieser Gruppierung durch Ausschluss zu entledigen, da man weiß, welcher Schaden dem Partei-Image vor allem in den westlichen Bundesländern durch die KPF entsteht. Schließlich kämpfte diese Plattform laut Bericht des Verfassungsschutzes offen für die Überwindung des Kapitalismus. Dies ist eine eindeutige Kampfansage gegen die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und zieht unwillkürlich die Frage nach sich, müsste man eine Partei, in der solche Ziele unverblümt formuliert werden, nicht ohnehin aus dem höchsten Parlament ausschließen.

Neben der KPF werden als weitere auffällige links-extremistische Gruppierungen in der Linkspartei die Sozialistische Linke (ihr rechnen sich 550 Personen zu), die „prokubanische Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“ (420 Personen) und das marxistische Forum (60 Mitglieder) genannt.

Bei den Landesämtern für Verfassungsschutz wird die Situation nicht in jedem Fall gleich prekär bewertet. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein wurde bisher keine Beobachtung der Linken angeordnet. Dies verwundert insofern nicht, als die Partei insbesondere in den neuen Bundesländern sehr stark ist und eng mit der regierenden SPD zusammenarbeitet bzw. (in Berlin) mit ihr koalitiert. Allerdings wurde im CDU-regierten Saarland, wo bis vor Kurzem noch eine Überwachung stattfand, diese inzwischen aufgegeben. Grund: Es gäbe keinen Anlass des Beobachtens mehr.

In anderen Bundesländern gilt die Linke nicht als harmlos oder „linkssozialdemokratisch“. Insbesondere nach der Äußerung der Landtagsabgeordneten Christel Wegener in Niedersachsen, die als DKP-Mitglied in der Liste der Linken kandidierte, ergaben sich nach deren eindeutigen Äußerungen zur Einführung eines Geheimdienstes vom Zuschnitt der Stasi furiose Diskussionen. Auch die Kandidatur weiterer DKP-Mitglieder unter dem Mantel der Linken für die Hamburger Landtagswahl lieferte neuen Zündstoff.

Von besonderer Brisanz wird seitens kompetenter Beobachter der Ausgang der nächsten Wahlen zum Parteivorsitz der Linken gewertet. Hier wurde die Kandidatur von Sarah Wagenknecht in Aussicht gestellt. Sie gilt als konsequente Vertreterin des eindeutig linken Flügels und ist Mitglied der KPF. Sollte sie in das Gremium der Vorsitzenden gewählt werden, darf man dies als sichereren Beweis für die Denkrichtung in der Partei die Linke werten. Die Partei würde sich damit freilich in der Öffentlichkeit selbst diskreditieren und ihr wahres Gesicht deutlicher zeigen.

Tom Haltern

Im August dieses Jahres finden die Olympischen Sommerspiele in China statt. Diese Spiele wurden schon vor einigen Jahren an das riesige Reich in Asien vergeben, weil man sich zum einen in immer größerer wirtschaftlicher Abhängigkeit von diesem Land sieht, zum anderen aber auch, weil man sich erhofft hatte, die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in China zu lindern und dem Einzug von mehr Demokratie und Meinungsfreiheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Letztere Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Insbesondere die Unterdrückung Tibets, das durch China vor Jahrzehnten unrechtmäßig annektiert wurde, wirft äußerst dunkle Schatten auf das von Peking gesteuerte kommunistische System. Die Vorbereitung der Sommerspiele, insbesondere der olympische Fackellauf, haben zwar Anlass gegeben, die Welt noch einmal auf das politische Unrecht, das man in China täglich erlebt, hinzuweisen, doch es gab keine Konsequenzen seitens der Pekinger Machthaber. Peking ist weder bereit, die Situation zu verbessern und eigenes Unrecht einzugestehen, noch will es ernsthaft einen Dialog mit den Vertretern der unterdrückten Tibeter aufnehmen. Von einer Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in China ist schon gar nicht die Rede. Nach wie vor gibt es politische Gefangene, wird auch die Todesstrafe angewandt. Die wesentliche Reaktion auf die vielen internationalen Proteste, die das Verhalten der Pekinger Machthaber hervorrief, war stattdessen die Einengung der bisher bestehenden Pressefreiheit und des Bewegungsradius' der ausländischen Berichterstatter. Die Frage stellt sich: Wird es möglicherweise einen Boykott der Spiele wie 1980 in Moskau, als zum ersten Mal eine kommunistische Diktatur das olympische Feuer erhielt, geben? Vermutlich, das heißt ganz gewiss, wird das nicht geschehen. Im Falle eines Boykotts würde China mit wirtschaftlichen Maßnahmen reagieren, und das würde für die europäischen Industrieländer zu Nachteilen führen, auch wenn China sich selbst damit schaden würde. Eher ist damit zu rechnen, dass sich einige der bedeutenden teilnehmenden Länder von der Eröffnungsfeier und von anderen offiziellen Veranstaltungen ausschließen. Dies wäre unbestritten ein Fingerzeig, aber letztlich nur eine Maßnahme von

symbolischem Wert, die zu keinen Besserungen der Menschenrechtssituation führt.

Viele Menschen bei uns im Land bewegt die Frage, wie kann man als Einzelner oder in Gruppen dazu beitragen, Chinas starre Machthaltung

Auf ein Wort des Redakteurs

zu unterhöhlen. Wir haben gesehen, dass mit Demonstrationen und unverblühten Presse- und Fernsehberichten keine spürbare Wirkung zu erzielen ist. Das starre System in Peking reagiert hierauf nur noch drastischer. Vor allem stellt es sich in den eigenen Medien selbst als Opfer dar und mobilisiert die parteitreuen Kolonnen, um angeblich Geschlossenheit und Loyalität zu beweisen. Wir aus der VOS kennen solche verordneten Kundgebungen und Statements aus der DDR noch zu gut, wir wissen, was sie wert sind – nichts. Wir sollten uns daher nicht beeindruckt zeigen und die Olympischen Spiele eher auf individuelle Weise boykottieren – indem wir uns nicht die Fernsehausstrahlungen ansehen. Man weiß, dass die Medien bei uns zu allen Sendungen Erhebungen zu den Einschaltquoten einleiten. Kommt dabei heraus, dass die Übertragungen nur von wenigen Leuten verfolgt werden, so hat dies Auswirkungen auf die Sponsoren, die sich bekanntlich mit breiten Werbespots präsentieren und die dann hoffentlich ihre Finanzierungen einstellen.

Themenwechsel.

In dieser Ausgabe werden die Leserinnen und Leser auf Seite 9 die Kopie eines Leserbriefes finden, den ein ehemaliger Häftling des MfS in der Zeitung Neues Deutschland veröffentlichte. Er erklärt darin mit fast übertriebener Beflissenheit, dass er in der Untersuchungshaft gut behandelt wurde und von seinem Vernehmer fair behandelt worden ist. Und zwar in einem halben Jahr Haftzeit. Zudem erklärt er, dass Hubertus Knabe, Gedenkstättenleiter in Berlin-Hohenschönhausen, mit seinen Behauptungen Unrecht habe, die Häftlinge seien beim MfS unter Druck gesetzt und auch misshandelt worden. Dies sind Aussagen, die einen wirklich erschrecken lassen. Jeder ehemalige Häftling, der zur VOS gehört, musste seine eigenen Erfah-

rungen machen und diese, wie man sich einig ist, waren durchweg negativ und traumatisch. Wenn jetzt jemand daher kommt und nicht nur das Gegenteil behauptet, sondern sich auch den Anspruch nimmt, er könne für alle anderen Inhaftierten sprechen, so ist dies mehr als erschütternd und einfach erlogen. Niemand kann behaupten, dass die Enge der Zelle, die psychischen Maßnahmen und der Druck, der bei den Vernehmungen ausgeübt wurden, nicht zu extremen Nachwirkungen geführt haben. Zum anderen hat es immer auch Auswirkungen auf die Familienangehörigen gegeben. Selbst in den Zuchthäusern, wo man mit Mördern und Sittlichkeitsverbrechern auf einer Zelle untergebracht war, fühlte man sich nicht so eingegengt wie in der U-Haft. Dass dann jemand hingehet und denjenigen der Lüge und Falsch-Darstellung beschuldigt, der sich um die Aufklärung dieser Zustände und ihrer Folgen bemüht, ist eher makaber. Man weiß, dass Hubertus Knabe bei jeder passenden Gelegenheit von ehemaligen Stasi-Leuten beschimpft und verhöhnt wird. Man erinnert sich auch des unrühmlichen Auftretens der einstigen Vernehmergarde bei jener denkwürdigen Veranstaltung in Berlin im vorigen Jahr. Die Vertreter von Diktatur und Unrecht können ihre wahren Gesichter kaum deutlicher zeigen als in dieser Form. Fragen muss man allerdings. Wie kann ein ehemaliger Häftling nun hingehen und sich diesen Peinigern andienen?

Fragen muss man übrigens auch, wie man nun Hubertus Knabe vorwerfen kann, dass er nicht aus der DDR stammt und nicht inhaftiert war. Eine solche Argumentation entbehrt jeder Sachlichkeit. Denn dass sich jemand – aus wissenschaftlichen und persönlichen Gründen – bereit erklärt, die besonders negativen Seiten der DDR aufzudecken, zu untersuchen und publik zu machen, obwohl er selbst nicht inhaftiert war, sollte durchaus kein Hinderungsgrund für das Engagement von Hubertus Knabe sein. Schließlich gibt es auch Ärzte, die Krebsbehandlungen durchführen, ohne jemals selbst Krebs gehabt zu haben.

Mich erinnert das Gebaren jenes Ex-Häftlings an einen Reim von Erich Kästner, wonach man, wie übel es einem auch ergehen sollte, nicht auch noch von jenem Kakao trinken sollte, durch welchen man zuvor gerade gezogen wurde.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Die Linkspartei wird weiter vom Verfassungsschutz beobachtet

Redaktionsthema:

China – die Diktatur und der olympische Gedanke – was können wir tun?

Wirklich eine gute Zeit erlebt? - Die Wahrnehmung der U-Haft beim MfS

DAS THEMA, DAS UNS ANGEHT!

Die Arbeit der Zeitzeugen mit Jugendlichen und in den Gedenkstätten

Gute Erfahrungen und Engagement trifft man im Potsdamer „Lindenhotel“ an

Auch VOS-Mitglieder sind hier als Vortragende aktiv

Namensnennung wird immer heikler

Kamerad Fritz Schaarschmidt musste harte Konsequenzen erleben

Nachbesserungen sind weiterhin unumgänglich

Die Opferpension ist da, aber es gibt noch immer Lücken bei der Zuteilung

Was nützen Ausstellungen ohne Namensnennung von Tätern?

Auch im Halleschen „Roten Ochsen“ gibt es Konflikte

Straßenschilder für Geschichtsinformationen nutzen

Eine Zusatztafel für die Herbert-Strauch-Straße in Magdeburg

Info-Schreiben in nebenstehender Spalte

War das wirklich noch Sozialismus?

Eine Konferenz zum Prager Frühling, der nun 40 Jahre zurückliegt.

Von Zwangsarbeitern, Giftgasgranaten und den DDR-Selbstschussanlagen

Der Autor Joachim Specht deckt die „Schweineereien“ in der Munitionsfabrik von Dessau-Kapen auf

Die Revolution als Abenteuer für Verwöhnte

Jörg Bernhard Bilke wollte 1968 nichts mehr von Straßenkämpfen wissen

Dieser Brief spricht für sich, aber nicht für uns VOSler

Ein absurdes Statement als Leserbrief im ND

Die Testballons zeigen Alarm

VOS Magdeburg bewertet linke Politiker

Theorie und Praxis passen nicht zusammen

Falsche Voraussetzungen im (Klassen)kampf

RUBRIKEN

- Spender, Verstorbene

- Pressemitteilung

- Suchmeldungen

- Veranstaltungen

- Impressum

Beitrag S. 7, Gedenktafel für Herbert Stauch

Hierzu sandten die Bezirksgruppen von VOS und BSV folgendes Schreiben an den Innenminister von Sachsen-Anhalt, Herrn Hövelmann:

Zum 55. Jahrestag haben wir (BSV/VOS Sachsen-Anhalt) den OB und den Innenminister rechtzeitig darauf angesprochen, die Veranstaltung gemeinsam (Stadt Magdeburg und Land Sachsen-Anhalt) vor dem Innenministerium auszurichten. Die beiden Info-Schilder sollen im Beisein der Witwe des hingerichteten Herbert Stauch enthüllt werden.

Kampf gegen Extremisten durch mehrere Ämter

Zu den Berichten auf der Titelseite und S. 10

Als extremistisch wird nach Einschätzung des Bundesinnenministers neben Teilen der Linkspartei auch die Rechte (NPD) und der islamistische Terrorismus eingestuft. Letzteren bezeichnet Schäuble als „größte und manifesteste“ Bedrohung. Er verweist dabei auf eine Zahl von 30 entsprechenden Organisationen und insgesamt 32.150 Islamisten. Bei den Rechtsextremen sieht Schäuble die größte Gefahr in der Anpassung ihrer Vertreter an die Gesellschaft, wo sie durch solide und zivile Arbeit das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Nach Aussagen des Berichts zu 2007 ist die Zahl der gewaltbereiten Rechten jedoch gegenüber dem Jahr 2006 zurückgegangen. Sie liegt bei 10.000.

Die Behörden, die den Kampf gegen Extremisten und Spione aufnehmen, sind das Bundesamt für Verfassungsschutz (Köln) als zentrale Abwehreinrichtung mit etwa 2.500 Mitarbeitern. Hinzu kommen der MAD (Militärischer Abschirmdienst) und der BND (Bundesnachrichtendienst). Der Verfassungsschutz überwacht, inwieweit Gefährdungen der demokratischen Grundordnung, der Sicherheit auf dem Bundesgebiet und bei den auswärtigen Belangen der Bundesrepublik auftreten können. Schwerpunkte sind Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus und weitere Formen ausländischen Extremismus' oder der Spionage. Auch die Aktivitäten der Scientologen werden vom Verfassungsschutz überwacht.



Die Tretmine, wie sie an der DDR-Staatsgrenze im unmittelbaren, 15 m breiten Todesstreifen in Dreierreihen ausgelegt war, wurde in Kapen bei Dessau konstruiert und hergestellt. Der Autor Joachim Specht ist dem ominösen VEB auf die Spur gekommen und hat in Fotos, Dokumenten und MfS-Akten die Details in seinem neuen Buch (Seite 8) vorgelegt. Er schildert ebenso, wie die sowjetischen Truppen das Werk nach der Wende verließen. *(Foto: Pix)*

Das Interesse bei den Jugendlichen ist groß, das Engagement ebenfalls

Die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ – ein historisch-politisches Bildungsangebot in der Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt des 20. Jahrhunderts Potsdam / Von *Catrin Eich, Gedenkstättenleiterin*

In Potsdam in der Gedenkstätte Lindenstraße ist eine Menge los, was (vor allem) die Bildungsarbeit mit jungen Menschen betrifft. Hier gibt es seit 2002 ein brandenburgweites und darüber hinaus bekanntes pädagogisches Angebot für Schulklassen, Jugendgruppen, Studenten, Lehrerinnen und Lehrer sowie alle anderen an Bildung Interessierten.

Die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ wurde auf Initiative des Bildungsministeriums des Landes Brandenburg in Kooperation mit dem Potsdam-Museum und der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ mit Mitteln der Flick-Stiftung eingerichtet.



Als Gedenkstättenlehrerin betreue ich seitdem vorwiegend Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte vor Ort. Die Nachfrage nach Projekttagen und Zeitzeugengesprächen steigt stetig.

Während ich im Schuljahr 2004/05 ca. 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer betreute, waren es 2005/06 bereits 3.000. Ein Jahr später kamen noch 300 mehr und gestalteten 85 Projekttag mit mir.

Auch in diesem Schuljahr zeichnet sich jetzt bereits eine Steigerung ab. Die Schülerinnen und Schüler kommen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern aus dem ganzen Land Brandenburg, nehmen z. T. Fahrzeiten von 2 Stunden für eine Strecke in Kauf. Aber auch aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland konnte ich schon Gruppen begrüßen.

Die Jugendlichen sind meist aus der Oberstufe ab Klasse 7, aber auch einige Grundschulklassen haben schon sehr erfolgreich mit mir gearbeitet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten zunächst einen Einblick in die mehrfache Vergangenheit der Gedenkstätte und haben dann die Wahl aus verschiedenen Angeboten, wie z.B.:

- begleiteten Rundgang,
- Selbstführung in Kleingruppen
- Arbeit in der Ausstellung,
- kreative Nachbereitung des Besuches und
- Zeitzeugenbegegnungen.

Diese Begegnungen sind ein wesentlicher Teil meines Angebotes, und das wäre ohne die Mitarbeit von ca. 20 ehemaligen politischen Häftlingen nicht möglich. An dieser Stelle dafür mein Dank und meine Anerkennung an alle Zeitzeugen!

Im vergangenen Schuljahr wurden 73 Zeitzeugengespräche in der Gedenkstätte, aber auch in Schulen

durchgeführt. Hier werden ganz intensiv Fragen zu Geschehnissen in der DDR diskutiert, die Jugendliche auch anregen, über ihr eigenes Engagement für demokratische Werte nachzudenken.

Eine wichtige Zielgruppe für meine Arbeit sind natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer, denen ich jährlich ca. 6 Fortbildungen z. T. mit Kooperationspartnern anbiete, z. B. mit dem Dokumentationszentrum Berliner Mauer und der Außenstelle der BStU Potsdam oder dem Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Bisher haben alle geplanten Veranstaltungen stattgefunden. Im vergangenen Schuljahr nahmen daran 74 Kolleginnen und Kollegen teil. Von diesen besuchen dann viele mit ihren Schülern die Gedenkstätte, und wer einmal dort war, ist meist von der Bedeutsamkeit dieses Ortes überzeugt und kommt wieder. Eintragungen im Gästebuch vermitteln diese Eindrücke und Einsichten.

Meine Arbeit in der Gedenkstätte geht aber über die Betreuung von Gruppen vor Ort hinaus. In den vergangenen Jahren konnte ich Schülerinnen und Schüler erfolgreich bei der Teilnahme an Wettbewerben begleiten. So gewann eine Projektgruppe der Waldorfschule Potsdam mit ihrem Film „Widerständige Jugend in der DDR“ den ersten Preis im bundesweiten Victor-Klemperer-Wettbewerb und damit eine Reise nach Dresden. Eine andere Gruppe erhielt den 3. Preis im landesweiten Geschichtswettbewerb „Gegen den Strom - Zivilcourage in der DDR“, und eine Grundschulklasse



konnte im Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung 2008 einen vorderen Platz belegen.

Auch außerhalb von Wettbewerbsbeiträgen entstanden Filme, Informationsmappen, Plakate, Collagen, die wiederum als Unterrichtsmittel in den Schulen eingesetzt werden.

In den Jahren meiner Tätigkeit als Gedenkstättenlehrerin habe ich auch etliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hier empfangen können, die sich über meine Arbeit informierten. Ebenso gab es Presseberichte, in denen die Projektwerkstatt vorgestellt wurde. Die Arbeit mit den Jugendlichen war und ist für mich hier von großer Bedeutung, trägt sie doch dazu bei, ein Geschichtsbild zu entwickeln, das sich im Laufe ihres Lebens vervollständigen wird. An den Äußerungen der jungen Menschen merke ich, dass sie an authentischem Ort neue Erkenntnisse gewinnen konnten, die sie auch in die familiäre Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einbringen werden.



Das Interesse der Schülerinnen und Schüler, mehr über diese Zeit zu erfahren, ist groß, sie müssen nur die Möglichkeiten dazu erhalten.

Um meine Arbeit hier zu unterstützen, gründete sich im November der Verein zur Förderung der Projektwerkstatt, dem ehemalige Häftlinge, aber auch Pädagogen und ein Jugendlicher angehören. Über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter wären wir sehr erfreut.

Dass in der Lindenstraße nicht viel los ist, wie Tom Haltern in der Januarausgabe der Freiheitsglocke schrieb, kann ich also durchaus nicht bestätigen.

Dipl.-Päd Catrin Eich
Gedenkstättenlehrerin Tel.: 0331/ 2015714
Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ Potsdam
Mail: projektwerkstatt-lindenstrasse@web.de

Zeitzeugen (auch aus VOS) willkommen

Erfreulicherweise hat sich die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS in Potsdam inzwischen zu einem wichtigen Ort der Dokumentation und des Gedenkens entwickelt. Zu den Zeitzeugen, die an Schulen und in der Gedenkstätte in Lesungen und Vorträgen vor Jugendlichen, Lehrkräften und Besuchern aufgetreten sind, gehören u. a. aus der VOS Alex Latotzky (Stellvertreter des Bundesvorsitzenden) und Fg-Redakteur A. Richter, der auch die hier veröffentlichten Fotos machte.

Weitere Zeitzeugen sind willkommen und melden sich bitte bei Frau Catrin Eich.

Kann man auf diese Art Geschichte überhaupt noch aufarbeiten?

Kamerad Fritz Schaarschmidt musste zusehen, wie seine Web-Seite abgeschaltet wurde und darf dazu noch eine hohe Summe berappen

Während der Fall der Namensnennung eines IM in der Ausstellung des Pfarrers Käbisch in Reichenbach (i. V.) bundesweit für kräftige Schlagzeilen und weit oben platzierte Meldungen sorgte und dann endlich vor Gericht landete, um dort schließlich eine Erlaubnis der Veröffentlichung zu erreichen, spielte sich ein anderer Streit, bei dem es auch um Namensnennung aus der DDR-Zeit im Internet ging, eher im Stillen ab.

Gemeint ist VOS-Kamerad Fritz Schaarschmidt aus Fuchstal, der im Internet seine Darstellung über seine Verfolgungszeit in der DDR veröffentlicht hatte. In diesen Akten war auch der Name eines Mannes genannt worden, der sich nun gegen diese Namensnennung widersetzt hat und über einen Anwalt gegen Schaarschmidt eine Unterlassungsverfügung vorlegt. Schaarschmidt hat in seiner Begründung bekräftigt, dass er den Genannten nicht beschimpft, sondern nur namentlich erwähnt hat. Trotzdem, so heißt es, seien die Persönlichkeitsrechte verletzt worden. In der Erklärung des Anwalts wird ein Schmerzensgeld bis zu 10.000 Euro angedroht.

Zugleich erhielt Fritz Schaarschmidt eine Mitteilung seines Internet-Providers, in der ihm die Abschaltung seiner Domain www.ddr-ausreise.de mitgeteilt wurde, da nach der geltenden Rechtslage auch die technischen Anbieter offenbar für Rechtsverletzungen innerhalb von Internetveröffentlichungen mit haftbar gemacht werden können.

Da Kamerad Schaarschmidt jedoch unter der Bezeichnung www.Fritz-Schaarschmidt.de und www.DDR-Opfer.de weitere Domains betreibt, kann man zumindest noch Hinweise über sein Schicksal in der DDR finden und vor allem den Verlauf seines nunmehr angelaufenen Klageverfahrens verfolgen. Zudem war es unabdingbar, dass sich Schaarschmidt nun ebenfalls an einen Anwalt wenden musste. Die Kosten, die somit – auch unter Beachtung der Unterlassung einer Namensnennung – auf Schaarschmidt zukommen, sind erheblich. 1.084,09 Euro verlangt allein die Gegenseite für die Bearbeitung, hinzu kommen die Kosten für den eigenen Anwalt. Diese sind ein Faktor, der die DDR-Opfer grundsätzlich besonders hart trifft. Auch eine magere Haftentschädigung und eine nunmehr gezahlte Opferpension von 250 Euro gestatten es nicht, sich auf kostspielige Prozesse einzulassen.

Leider hat Fritz Schaarschmidt bisher wenig Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. Die Medien befassten sich vorrangig mit den Vorgängen um die Namensnennung in der Ausstellung in Reichenbach. Dadurch ist auch nicht damit zu rechnen, dass Schaarschmidt wohlwollende Geldgeber findet, die ihn finanziell unterstützen. Man sollte nun zumindest hoffen, dass die (noch) bestehenden Web-Seiten von möglichst vielen Besuchern beachtet werden. Fritz Schaarschmidt hat dort seinen Gefühlen nachhaltig Ausdruck verliehen: „*Heute in unserer schwer erkämpften Demokratie gibt es immer wieder Menschen, die versuchen, die mutigen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Die getöteten Opfer der DDR-Diktatur sind ja schon ganz ruhig.*“ Tom Haltern

Berichterstattung wird in der Fg fortgesetzt

Darf die Ehrenpension nur zur Wiedergutmachung von Haftschäden dienen?

Weiterhin stellt sich die Frage nach der Entschädigung von Opfern politischer Verfolgung, die nur kurz oder gar nicht inhaftiert waren

Als das Gesetz über die Ehrenpension/Opferrente auf den Weg gebracht wurde, herrschte zunächst eine fast euphorieartige Stimmung bei vielen ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Regimes. Nachdem man etwa ein halbes Jahrhundert für eine rentenartige Entschädigung gekämpft hatte, ging jene Forderung in Erfüllung, für die die Opfer und Widerständler schon seit der Gründung der VOS – in unterschiedlichen Varianten – eingetreten waren. Mehrfach schon währte man sich vor der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes, doch immer wieder ergaben sich Hindernisse, sodass zur Unterstützung der ehemaligen politischen Häftlinge nur Sozialleistungen (z. B. Eingliederungsbeihilfen) beschlossen wurden.

Dankenswerterweise setzten Ende der 1990er-Jahre unter Führung des Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz durch die in der Regierungsopposition befindliche CDU ernsthafte Initiativen ein, um in Sachen Opferrente zu sichtbaren Erfolgen zu kommen. Wesentlicher Auslöser hierzu waren die Gespräche, die durch den damaligen VOS-Vorstand mit mehreren im Bundestag vertretenen Parteien geführt wurden. Durch die Hartnäckigkeit und die eindringlichen Schilderungen seitens der Opfer wurden Politiker und Medien endlich auf das Thema aufmerksam. Zudem wurde durch die Initiative von Harald Hämmerling ein Fonds gebildet, über den die Möglichkeit einer Klage geprüft und schließlich auch eingeleitet werden konnte. Dies zeigte den Politikern, dass es den politischen Häftlingen mit dem Streben nach der Opferrente ernst war.

Auch die Rolle der Freiheitsglocke nahm in all den Jahren einen immer breiteren Raum ein. In jeder Ausgabe schilderten Betroffene, Vorstandsmitglieder und Redakteur anhand konkreter Fälle und in treffenden Kommentaren, welche Schicksale im Einzelnen hinter der Verfolgung und der Haftzeit steckten und welche Notfälle und Ungerechtigkeiten es gab. Damit wurde die vielfache Not der Kameradinnen und Kameraden detailliert dokumentiert und die Gewährung der Opferpension als dringliche Forderung dargestellt.

Wie wir alle wissen, war es dennoch ein langer Weg, bis dieser Erfolg, der zum Ende des Jahres 2006 spruchreif wurde, in Gesetzesfassung gelangte. Viele von uns haben es nach so manchen vergeblichen Anläufen nicht geglaubt, dass die Ehrenrente doch eines Tages beschlossen würde, zudem auf Basis eines durchaus vereinfachten Antragsmodus'. Viele jedoch, die lange darauf gehofft hatten, sind verstorben, ohne dass sie in den Vorzug der Auszahlungen kommen konnten. Doch all jene, die sie nun bekommen oder deren Empfangsberechtigung fest steht, sind nach wie vor dankbar. Zum einen wird manches Leid gelindert, zum anderen haben auch viele von uns ihrer Meinung in Sachen Glaubhaftigkeit der Politiker wieder eine positive Richtung gegeben. Denn diese Opferrente oder Ehrenpension hat nicht ein finanzielles Gesicht, nein, sie ist auch ein Zeugnis der Anerkennung. Sie belegt, dass die Leiden der Haft ebenso gewürdigt werden wie der von den meisten Betroffenen bewusst geleistete Widerstand gegen das totalitäre System der kommunistisch geprägten SBZ/DDR.

Und doch bleiben immer noch Wünsche und Forderungen offen. Dies richtet sich im Übrigen nicht gegen einzelne Politiker oder Fraktionen, denn eine Welt ohne offene Wünsche würde allemal Stillstand bedeuten. Es ist dies vielmehr das Anliegen, das sich aus den geltenden Voraussetzungen zur Gewährung der Opferpension ergibt. Mehrfach wurde schon darüber berichtet, und dies nicht, weil die Opfer des kommunistischen Regimes unersättlich wären, sondern weil immer noch Betroffene da sind, an denen die jüngsten Maßnahmen vorbeigehen und die der Unterstützung bedürfen.

Hierzu nur einige Beispiele.

Nach wie vor ist nicht einzusehen, dass die Opferrente über ein „Limit der Haftzeit“ gewährt wird. Natürlich sind Gesetze immer an konkrete Regelungen gebunden und daher wird es auch immer Leute geben, für die die beschlossenen Regelungen nicht zutreffen können. Doch mit der Festlegung, dass Begünstigte mindestens ein halbes Jahr inhaftiert gewesen sein müssen, um die Opferpension zu erhalten, wird ein gnadenloser Strich zwischen Gewährung und Nichtgewährung der Pension gezogen. Dieser Strich kann genaugenommen im krassen Fall aus einem einzigen fehlenden Hafttage resultieren. Denn, wenn ein Antragsteller den sechsten Haftmonat nicht vollends verbüßt hat, wird ihm auch kein Antrag genehmigt. Die Konsequenz für den Gesetzgeber wäre, diese Bedingung zu liquidieren und kein „Limit“ für die Haftzeit festzulegen.

In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, inwieweit Verfolgung ohne Haft ebenfalls zur Berechtigung der Opferrente führen könnte. Man weiß von „Zersetzungsmaßnahmen“ der Stasi, die auf der Arbeit oder in Wohngebieten gegen unliebsame Regime-Gegner oder „Ausreisewillige“ angezettelt wurden. Die hiervon Betroffenen haben ebenfalls viel verloren, sind letztlich finanziell auf der Strecke geblieben.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch die Problematik der Vererbbarkeit, der Anspruch auf die Opferrente. Es ist in der Fg schon oft genug darauf hingewiesen worden, aber man muss es immer mal wiederholen: Ehepartner hatten ein sehr schweres Schicksal, wenn der Mann bzw. die Frau inhaftiert wurden. Man sollte also zumindest in Fällen, in denen eine Ehe oder eine Lebensgemeinschaft zum Zeitpunkt der Inhaftierung nachweisbar ist und diese bis zum Tode des Betroffenen bestand, an den Hinterbliebenen die Opferrente gewähren. Damit würden wir uns wieder ein Stück in Richtung Gerechtigkeit bewegen und auch natürlich etwas für die Menschlichkeit tun.

Abschließend ein weiterer Hinweis:

Der Gesetzgeber sollte jetzt schon ins Auge fassen, die Antragsfristen zu verlängern. In der Tat nutzen etliche ehemalige Häftlinge jetzt erst die Möglichkeit, sich rehabilitieren zu lassen. Dies dauert inzwischen länger, da die Gerichte immer mehr zu tun haben. Man kann sich also darauf gefasst machen, dass auch in fünf oder zehn Jahren noch Anträge auf eine Opferrente gestellt werden. Diese sollte man aus Fristgründen nicht ablehnen müssen.

Dr. Alwin Haug

Unbehellig ist nicht unschuldig

Die Täter treten in konzertierter Aktion auf, meint Wolfgang Stiehl in seiner Betrachtung über die Schwärzungsverlangen der hauptamtlichen Stasimitarbeiter und Stasi-Zuträger (GM bis IM usw.)

Über 250.000 Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sind gerichtlich rehabilitiert oder haben die Bescheinigung nach § 10-4 des Häftlingshilfegesetzes (Anerkennung als politischer Häftling). Demgegenüber ist nur eine Handvoll Täter für diese Verbrechen der physischen und psychischen Folter an unschuldigen Menschen in sowjetischen- oder MfS-Untersuchungshaftanstalten, des langjährigen Freiheitsentzuges, der gesundheitlichen Schädigung und/oder Tötung von Häftlingen durch billigende Inkaufnahme des Todes infolge unmenschlicher Haftbedingungen, zur Rechenschaft gezogen worden. Die Absicht dieser Nichtbelangung der Täter einer verbrecherisch praktizierten „sozialistischen“ Diktatur ist schon im Einigungsvertrag abzulesen. Dieser sieht zwar Rehabilitierung und angemessene Entschädigung von Opfern im Artikel 17, aber an keiner Stelle Strafverfolgungsabsichten für die Verbrechen der Täter, vor. Schon vor gut einem Jahr gab es einen Auftakt der Täter in der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, welche dort die Opfer verhöhnnten und verleumdeten. Nun geht es munter weiter.

Eine Ausstellung die den Klarnamen eines besonders rührigen „IM Schubert“ nennt und in deren dreijähriger vergangener Laufzeit niemals die im „Antrag auf Schwärzung des Namens“ genannte befürchtete Pogromgefahr entstand, musste wegen der Beantragung und Aussprache einer einstweiligen Verfügung geschlossen werden.

In der berüchtigten Stasi-U-Haftanstalt Roter Ochse tätig gewesene hauptamtliche Stasi-Offiziere, wie ein Herr Stenker, bemühen sich darum, dass ihre Namen in der heutigen Gedenkstätte nicht genannt, ihre Fotos und Dissertationsarbeiten nicht ausgestellt werden dürfen. Sogar in die Ausstellungs-Texte möchten sie revisionis-

tisch eingreifen. Von physischer und psychischer Folter dürfe, nach ihren Forderungen, auf den Ausstellungstafeln nicht geschrieben werden. DENN, so ihre Standardargumentation: Es wurde niemand deswegen angeklagt geschweige denn verurteilt. Ergo hat keine Folter stattgefunden.

Langdauernde Isolations-Einzelhaft, Schlafentzug, Versagung medizinischer Hilfe, Erpressung von Geständnissen mit Androhung von massiven Repressalien gegen den erweiterten Familien- und Freundeskreis, Versagung jeglicher Beschäftigung und Kommunikation mit Angehörigen oder Rechtsbeiständen, Kälte-Hunger- und Hoffnungslosigkeit-Einwirkungen und vieles andere mehr haben erstens – weil nie Anklagegegenstand – nie stattgefunden und sind zweitens, nach 17 Jahren Deutscher Einheit, längst verjährt.

In der gleichen Gedenkstätte sind im Erdgeschoss die Täter der National-Sozialistischen Diktatur, wo bekannt, auch richtigerweise akribisch mit Klarnamen benannt. Für die nachfolgende, anders motivierte und dimensionierte, aber ebenfalls (wenn auch anders) verbrecherisch praktizierte Real-Sozialistische Diktatur soll dies nach dem Willen ihrer Täter nicht gelten.

Eine Differenzierung in Schlimme und Gute Verbrechen ist unserer Auffassung nach absolut unzulässig. Sie stellt eine erneute Traumatisierung und Verhöhnung der Opfer der verbrecherisch handelnden Diktatur dar und darf deshalb nicht geschehen. Wer sich an verbrecherischen Handlungen beteiligt hat, darf nicht damit rechnen dürfen, dass seine Beteiligung, gleich in welchem Umfang, einem „gnädigen Vergessen“ anheim fällt, nur weil er nicht strafrechtlich belangt wurde. Nein, er war Mitglied einer verbrecherisch handelnden Institution und sollte dementsprechend bei seinem (guten?) Namen genannt werden. *W. Stiehl*

Erläuterungen zu Herbert Stauch

Der Magdeburger Platz des 17. Juni und die Herbert-Stauch-Straße erhalten zum 55. Jahrestag des 17. Juni ein erläuterndes Zusatzschild. Damit soll dazu beigetragen werden, die Unkenntnis der jüngeren Generation über die geschichtlichen Ereignisse zu beheben. Die Texte der beiden Erläuterungsschilder wurden von den BSV- und VOS-Landesgruppen bei der Stadt Magdeburg eingereicht. Der Magdeburger Platz des 17. Juni und die Herbert-Stauch-Straße liegen unmittelbar nebeneinander, vor dem Gebäude des Ministerium des Innern Sachsen-Anhalts, in welchem 1953 die „Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei“ residierte.

Wer war Herbert Stauch?

Herbert Stauch hatte, als Sprecher mit weiteren 3 Teilnehmern des Volksaufstandes, dem Chef der „Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei“ die Forderungen der Demonstranten überbracht. Dafür wurde er, 35-jährig, verheiratet, Vater von 2 Kindern, durch ein Sondergericht des sowjetischen Militärtribunals zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Terror-Urteil wurde am 18. Juni 1953 durch die Volkspolizei in der Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg vollstreckt. *W. Stiehl*

Prager Frühling jährt sich zum 40. Mal

Gemeinsame Veranstaltung des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums, der Botschaft der Tschechischen Republik sowie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Ereignisse des Prager Frühlings, der sich 2008 zum 40. Mal jährt, sollen mit einigen Aktivitäten in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Aus diesem Anlass findet am 30. Mai 2008 von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr in der Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin eine Konferenz zum Thema „Der Prager Frühling 1968: Deutsche und Tschechische Perspektiven“. In zwei Panels werden Wissenschaftler und Zeitzeugen die Vorgänge des Jahres 1968 und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart diskutieren. Neben zeitgeschichtlichen Aspekten liegt dabei einer der Schwerpunkte auf der Frage, wie die damaligen Ereignisse in der DDR aufgenommen wurden und welche Zusammenhänge sich zu den Ereignissen im Jahr 1989 ziehen lassen.

Weitere Rückblicke auf den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen werden auch in der Fg erfolgen.

Die Erblast von Kapen – die Erblasten der DDR. Namen, Zahlen und Fotos

Der Schriftsteller Joachim Specht dokumentiert in seinem neuesten Buch die Herstellung von Giftgasgranaten, Selbstschussanlagen und Tretminen im Dritten Reich und in der DDR

Die DDR mit ihren vielen Geheimnissen, Geheimakten und ihrem Geheimdienst hat – wer wollte das inzwischen noch leugnen – etliche Erblasten hinterlassen. Dies trifft sowohl auf staatlich zentrale wie auch auf regionale, andererseits jedoch auch auf betriebliche Anlagen, Institute und Einrichtungen zu. Eine dieser Erblasten, die sich in der Nähe von Dessau im Oranienbaumer Forst befindet, ist die frühere Heeresmunitionsanstalt Kapen, aus der nach dem Krieg sowohl eine Garnison der Sowjets wie auch ein neuer Rüstungsbetrieb, diesmal von der DDR beauftragt und gesteuert, hervorgingen.

Kapen war ursprünglich eine Wohnstatt mit Forsthaus, das mitten im Wald und somit recht versteckt lag. Eben deshalb wurde es im Dritten Reich für die Produktion von Giftgasgranaten und anderen gefährlichen Munitionen ausersehen. Unter der ahnungslosen Bevölkerung kreiste damals das Gerücht, hier handele es sich um eine „Puddingfabrik“.

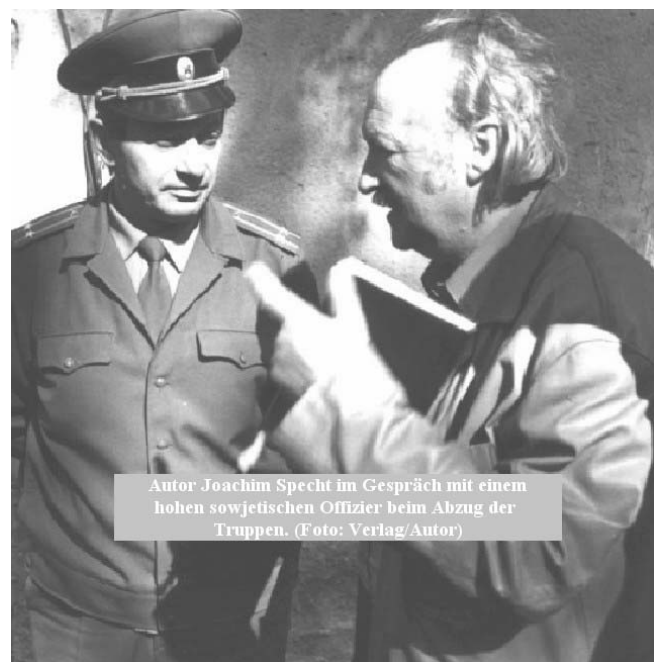
Den Grundstoff für das Giftgas füllten Zwangsarbeiter und (vor allem russische) Kriegsgefangene in Granaten ab, jedoch wurden diese Waffen nicht im Krieg eingesetzt. Dennoch fanden auf dem Gelände Versuche statt und wurden Unmengen des Loss (so die Bezeichnung des Stoffes, aus dem das Giftgas erzeugt wurde, benannt nach ihren Entdeckern Lo-mmel und St-einkopf) unsachgemäß entsorgt. Zudem schafften die sowjetischen Streitkräfte nach dem Sieg über Deutschland riesige Mengen der Granaten und der Sprengkörper nach Wolgast, von wo sie in die Ostsee verschifft wurden. Sie liegen jetzt noch als unberechenbare Zeitbomben auf dem Grund des Meeres und unterliegen der Gefahr des Durchrostens. Die DDR machte sich die Anlagen der *Heeres-Muna* ebenfalls zunutze. Nachdem sich die Sowjets von einem Teil des Geländes zurückgezogen hatten, wurde hier zum einen die Entsorgung des noch vorhandenen Loss fortgesetzt, zum anderen wurde produziert und experimentiert, und zwar Munition. Die inzwischen veröffentlichten Protokolle zeigen, wie verantwortungslos man dabei vorging. Es gab Unfälle mit Todesfolgen und es gab eine bis in die Neunzigerjahre nachweisbare Verseuchung des Grundwassers mit Arsen, die auch heute noch nicht ganz aufgehoben sein dürfte. Ganz markant ist jedoch, dass die Produktion von Munition und Waffen alsbald wieder aufgenommen und das Gelände mit seinen vielen Bunkern und Hallen unter absolute Geheimhaltung gestellt wurden. Zudem entstanden neue Anlagen, wurde das Netz der Rüstungsindustrie für die gesamte DDR erweitert.

Dem renommierten Schriftsteller Joachim Specht, bekannt vor allem durch seine australischen Abenteuer-Stories, oblag es, gleich nach der Wende in dem Hort der Geheimhaltung zu recherchieren und wichtige Erkenntnisse, Unterlagen und Fotos sicherzustellen. So stellte Specht fest, dass hier in Kapen genau das hergestellt worden ist, was die Seele und das eigentliche Rückgrat jener DDR über Jahrzehnte ausmachte und wessen Existenz der verlogene Staatschef Honecker und seinesgleichen bei jeder Gelegenheit abstritten: die Tretminen aus der PM-Serie (in Lizenzproduktion der Sowjetunion) und die Selbstschussanlage SM-70, beides zu finden in den Grenzanlagen der DDR, vom Politbüro großspurig

und heuchlerisch „Antifaschistischer Schutzwall“ titulierte. Auch andere Granaten, Sprengkörper und Zündsätze erblickten in Kapen das Licht der Welt – sie alle dienten weder dem Frieden, noch schützten sie die Bevölkerung der DDR vor feindlichen Angriffen. Sie waren gedacht, die eigene Bevölkerung durch vorsätzliche Tötung am Verlassen der DDR zu hindern, und sie sollten die Herrschaftszeit der alten Männer um Honecker noch möglichst lange erhalten. Der Mythos vom Friedensstaat DDR, der sich heutigentags durch die Leserbriefe von Sozialismus-Nostalgikern zieht wird somit auf sehr gründliche und anschauliche Weise ad absurdum geführt.

Aber nicht nur die inländische Versorgung mit Waffen und Munition ging von der Kapener „Puddingfabrik“ aus. Nach Spechts Recherchen gab es auch Waffenexporte in die Dritte Welt, Arabien und Lateinamerika. Offenbar wusste man in hohen SED-Kreisen, dass man sich mit diesem „Exportschlag“ sehr gut die ansonsten nur schwer erreichbaren Devisen verschaffen konnte.

Wie bei vielen anderen staatlich verordneten und durchgeführten Polit-Schweinereien gab es auch für die Betreiber und Beschützer des Kapener Betriebes keinerlei Konsequenzen. Immerhin, durch die Veröffentlichung des Buches weiß man nun wieder ein wesentliches Stück mehr über die DDR. Namen, Fakten, Zahlen, wer aus der Region stammt, den wird dieses Buch sicherlich besonders ansprechen. Erwähnenswert aber auch die humanistische Prägung der Specht'schen Berichterstattung. Hat der Autor doch durch die Veröffentlichung der Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter aus Russland und der Ukraine deren Lage in Armut und Krankheit mit zum Gegenstand des Buches genommen. Und daran sieht man wieder deutlich: Büßen müssen die Kleinen, während die Großen, ob Politiker oder Devisenbeschaffer, immer wieder im Warmen sitzen.



Autor Joachim Specht im Gespräch mit einem hohen sowjetischen Offizier beim Abzug der Truppen. (Foto: Verlag/Autor)

Joachim Specht: **Die Erblast von Kapen**
Die Puddingfabrik im Oranienbaumer Forst
ISBN 978-3-932805-58-5, Preis 14,90 Euro
Taschenbuch, 272 Seiten

Nach dem Knast in der DDR hatte ich andere Erkenntnisse vom Marxismus

Jörg Bernhard Bilke zieht eine persönliche Bilanz seiner Eindrücke von der 68er Revolution

In Mainz kam die Revolution später! Während in Berlin nach dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 die revolutionären Studenten durch die Straßen zogen, arbeitete ich an einem Referat über den Dresdner Aufstand vom 3. bis 9. Mai 1849. Vor knapp vier Jahren war ich, in einer Gruppe von 800 Häftlingen, aus dem Zuchthaus Waldheim in Sachsen freigekauft worden, die Bonner Regierung hatte 32 Millionen Mark für uns bezahlt, mein Kopfpreis war 40 000 DM. Meine Erfahrungen mit dem realen Marxismus-Leninismus waren andere als die der APO-Revolutionäre, die sich auf Karl Marx beriefen. Erst im Herbst 1967, nach den Sommerferien, raffte sich der frischgegründete „Republikanische Club“, der im Mainzer Gewerkschaftshaus tagte, zu politischen Aktionen auf. Im Saal saßen der Kabarettist Hanns Dieter Hüsch und des „Liedermachers“ Franz Josef Degenhardt jüngerer Bruder Martin. Aber gegen Losungen der Mainzer Jungmarxisten, die aus dem rheinpfälzischen Hinterland zum Studium in die Landeshauptstadt gekommen waren, ohne jemals den Rhein überquert zu haben, war ich nach meinen DDR-Erfahrungen gefeilt. Es war erheitend, mit zu ansehen, wie sie, leuchtenden Auges Bertolt Brechts „Einheitsfrontlied“ singend, durch die Arbeiterviertel zogen oder morgens um 6.00 Uhr an Fabrikatoren revolutionäre Flugblätter verteilten und nichts als Beschimpfungen ernteten. Es gab eine Menge Wirtköpfe unter diesen jungen Leuten, die noch kaum Lebenserfahrung besaßen, sich aber auf ML-Seminaren mit Klassenkampffarolen voll pumpften, und sich 1968/69 in Fraktionen und K-Gruppen aufsplitterten, die einander erbittert bekämpften.

Am „Sternmarsch nach Bonn“ am 11. Mai 1968, als gegen die bevorstehenden Notstandsgesetze demonstriert wurde, habe ich teilgenommen, Unterwegs, auf einem Autobahnrastplatz, ergriff ein Schreihals vom Gewerkschaftsbund das Wort: „Hier steht das revolutionäre Mainz!“ Ich wollte meinen Ohren nicht trauen, als er uns tatsächlich mit Georg Forster (1754-1794) und den Kämpfern der Mainzer Republik 1792/93 verglich.

Der Einbruch der Realität in die romantischen Revolutionsspiele kam am 21. August 1968, als die Truppen des „Warschauer Paktes“ die Tschechoslowakei okkupierten und den kurzlebigen Versuch eines demokratischen Sozialismus' jäh beendeten. Damals schrieb Franz Josef Degenhardt sein Protestlied „In Prag“ und verteidigte den „Prager Frühling“, dem ein Sommer nicht beschieden war. Im Jahr darauf, als er mit Wolf Biermann in Ostberlin, dessen auf Tonband gespeicherte Lieder er in einer Streichholzschachtel nach Westberlin geschmuggelt hatte, gebrochen hatte und DKP-Mitglied geworden war, fügte er noch eine Strophe an, worin er alles zuvor Gesagte widerrief und den „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ zur „Konterrevolution“ erklärte.

Für mich war mit dem 21. August 1968 diese APO-Erweckungsbewegung erledigt! Ich schrieb meine Dissertation, ich ging weg von Mainz, ich ergriff einen Beruf und wandte mich erfreulicheren Dingen zu. Die Mainzer Umtriebe von 1968/69 kommen mir heute wie ein Spuk vor.

Jörg Bernhard Bilke

Streicheleinheiten vom MfS?

Ehemaliger polischer Häftling widerspricht Knabe und stärkt Vernehmer den Rücken

Nun hat das Schönreden der DDR also sogar die Zustände in der Untersuchungshaftanstalt der Stasi ergriffen. Dies bezeugt ein Leserbrief eines heute in Kiel lebenden ehemaligen politischen Häftlings der DDR vom 28. April (siehe unten). Demnach heißt es, dass der Mann in seinen sechs Monaten U-Haft immer gut behandelt worden sei und in keiner Weise unter Druck gesetzt wurde. Der freundliche Vernehmer habe auch respektiert, dass der Gefangene einen anderen Sozialismus haben wollte.

Wer diesen Beitrag liest, dem bleibt in der Tat die Sprache weg, egal, ob er Hubertus Knabe ansonsten Recht gibt oder nicht. Insofern wäre es eigentlich müßig, eine Aussage von derart hohnsprechender Naivität und Geschichtsverfälschung nun auch noch zu kommentieren. Allerdings: Der Öffentlichkeit, und sei es auch nur die relativ begrenzte der Freiheitsglocken-Leser, sollte man sie nicht vorenthalten. Denn das, was hier zu Papier gebracht wurde, widerspricht allem, wofür die Mitglieder der VOS und anderer Verbände jahrzehntelang gekämpft haben. Es widerspricht, um es mit einem klaren Wort zu sagen, ganz einfach der Wahrheit. Und das ist, als würde man die vielen SED-Opfer, die in den Kerkern gelitten haben, einfach mit stinkendem Kot beschmieren.

Zeitzeuge contra Knabe

**Zu »Im Namen der guten Sache?«
(ND vom 22.4.)**

Immer wenn ich Äußerungen von Herrn Knabe lese, beschleicht mich ein ungutes Gefühl. Dieser Herr hat weder in der DDR gelebt, geschweige je in einer Haftanstalt des MfS eingesessen, maßt sich aber an, über diese Einrichtungen zu urteilen. Ich habe sechs Monate in der UHA des MfS in Rostock eingesessen. In dieser Zeit bin ich nicht ein einziges Mal misshandelt oder in irgendeiner Weise unter Druck gesetzt worden. Weil ich einen anderen Sozialismus wollte, wurde ich auch durch meinen Vernehmer respektiert. Zu keinem Zeitpunkt bin ich zu Aussagen gezwungen worden. Die Behandlung in der UHA des MfS war weit humaner als später in der STVA in Cottbus. Gerne würde ich diese Tatsachen Herrn Knabe mal persönlich sagen, um seine demagogischen Kommentare zu widerlegen.

Leichtfertiger Umgang mit linken Extremisten

W. Stiehl über die Magdeburger „Versuchsballons“

Zu den nebenstehend gezeigten Ballons hat Wolfgang Stiehl aus Magdeburg die Bilder von einigen Politikern der LINKEN und ihren Listenmitgliedern aus deren Web-Sites gewählt und sie mit Bemerkungen versehen.

Damit ergänzt er die Berichte seines BSV/VOS-Internet-Magazins vom April 2008, in denen über die jeweiligen Tests berichtet wurde.

Sein Kommentar: Noch gibt es ausreichend Widerspruch gegen die - wie wir meinen - gezielten Ausrutscher einzelner Vertreter der LINKEN. Wir vermischen aber immer wieder schmerzlich die grundsätzliche Einordnung der stark extremistisch belasteten RECHTEN und LINKEN als zwar zugelassene, aber längst nicht demokratischen Parteien. Wenn rechte Parteien demokratisch in die Parlamente gewählt werden, wird sofort (und berechtigt) nach Ursachen geforscht. Wenn das gleiche am LINKEN Rand passiert, wie unlängst in einigen Alt-Bundesländern, aber noch stärker in den neuen Bundesländern, wird leichtfertig zur Tagesordnung übergegangen oder gar, wortbrüchig, über mögliche Koalitionen nachgedacht. Zur Verhöhnung der Demokratie durch



Sachsen-Anhalts Parteichef der LINKEN mit Begriffen des finstersten Kommunismus (der politische Gegner, jeder Andersdenkende, ist der FEIND [Hauptfeind, Klassenfeind], ihn gilt es zu zerschlagen, zu eliminieren, zu zersetzen).
Wolfgang Stiehl

„Linksextremismus ist in der Lage, gewaltbereite Anhänger zu mobilisieren“

Innenminister Schäuble fährt weiter einen harten Kurs gegen die Partei Die Linke

„Der Kapitalismus entblößt sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Verhalten täglich mehr. Letztlich muss er überwunden werden.“ – Sätze wie dieser sind es, die in Web-Foren der kommunistischen Plattform und an anderer Stelle offen präsentieren, was die kommunistische Linke in Deutschland vorhat, was – wie kürzlich auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm zu sehen – auch auf Straßen und Plätzen vor Kameras und den Augen vieler erschrocken dreinblickender Bürgerinnen und Bürger in die Tat umgesetzt werden soll: der Umsturz. Geschützt unter dem Deckmantel der Linken und verteidigt von deren Spitzenpolitikern kann derartige Gedankengut verbreitet werden, ohne dass die Wählerinnen und Wähler dieser Partei genau wissen, wem sie ihre Stimme geben.

Dass die Partei nunmehr wieder im Bericht des Verfassungsschutzes auftaucht und Innenminister Schäuble weiterhin deren Beobachtung fordert, verwundert angesichts der mit 30.800 angegebenen Zahl von linksextremistischen und weiteren rund 6.000 gewaltbereiten Personen nicht. Egal, dass aus anderen Parteien (SPD, Grüne) gefordert wird, die Linke nicht als gefährlich einzustufen, kann es sich ein demokratischer Staat nicht leisten, einen Gewaltherd unbeachtet zu lassen. Die Erfahrungen der DDR und des Dritten Reiches zeigen, dass man eine Diktatur, so sie sich einmal eingenistet hat, nicht ohne Weiteres wieder beseitigen lässt. Abgesehen davon stimmen bei der Verkündung der angeblich sozia-

listischen Thesen Theorie und Praxis längst nicht mehr überein. Jene Lehren des Marxismus, auf die sich breite Kreise der Linken berufen, sind in der heutigen Zeit nicht mehr anwendbar. Eine Arbeiterklasse, wie sie Marx als revolutionäre Kraft zur gerechten Umwälzung der Gesellschaft beschreibt, existiert nicht. Sicher gibt es heutigentags verarmte und ins soziale Abseits geratene Menschen. Diese jedoch haben nichts mit dem „doppeltfreien Lohnarbeiter“ zu tun, den Marx als Initiator einer Enteignung kapitalistischer Produktionsmittel voraussetzt. Von den Armen und sozial Abgestürzten distanzierte sich Marx in jedem Fall, er bezeichnete ihre Situation als Pauperismus, demgegenüber er sich eher verächtlich äußerte. Auch aus anderer Sicht ist eine gesellschaftliche Umwälzung (Revolution) auf breiter Basis („von unten“) keineswegs angesagt. Nach der Leninischen Revolutionstheorie bedürfte dies einer „revolutionären Situation“. Eine solche ist jedoch auch nicht gegeben. Den Arbeiter in diesem Land geht es gut. Die Gewerkschaften erstreiken fast jährlich hohe Zuwachsraten, was den Lohn angeht. Man nehme nur die Metallbranche. Und man findet keinen Arbeit(nehmer), der für eine „erweiterte“ DDR seinen Job und seinen Lebensstandard würde hergeben wollen.

Man sieht, die Demagogie der Linken blüht. Ihre Forderungen nach gewaltsamer Änderung sind suspekt. Es ist richtig, wenn man die extremen Flügel überwacht.

A. Vogel

Gedenkreden und Ausstellung

Bautzen-Forum und Bautzen-Komitee organisiert gelungene Tagung

Das diesjährige Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung fand am 15. und 16. Mai statt und widmete sich dem Thema „Alltag in der DDR“. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch einen Vortrag von Richard Schröder, Theologe und von 1977 bis 1990 Dozent für Philosophie sowie Mitglied der letzten Volkskammer der DDR. In sehr unterhaltsamer und kritischer Weise berichtete er über den Alltag in der DDR, seine Anpassungsmechanismen und wie verklärt er heute von manchen Menschen bereits wieder dargestellt wird. So interessant sein Vortrag jedoch auch war, es war derselbe Herr Schröder, der den Befürwortern der Opferrente noch vor einem Jahr in einem Zeitungsartikel „Opportunismus zweiter Ordnung“ vorwarf und stattdessen eine „öffentliche Würdigung, durch Orden, bei passender Gelegenheit auch durch Ehrenplätze“ vorschlug. Die FG hat darüber berichtet.

Ihm folgten Zeitzeugenberichte von vier Verfolgten des Kommunismus, bei dem der von Eva-Maria Neumann besonders beeindruckte.

Der erste Tag endete in der Gedenkstätte Bautzen mit der Eröffnung einer Ausstellung über „Die Falken – Die Verfolgung der SPD-Jugend 1945 bis 1961“. Den zweiten Tag bestritten die Vertreter aus der Politik. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) rief dabei insbesondere Schulen auf, alle Möglichkeiten zur kritischen Auseinandersetzung zu nutzen, sieht er doch in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte eine Tendenz zu „Verschönerung und Verklärung“. Zuvor fand am 14.5. am gleichen Ort die jährliche Tagung des Bautzen-Komitees statt. Da keine Wahlen anstanden, verlief die Veranstaltung zügig und ohne große Diskussionen. Harald Möller (Foto links), derzeitiger Vorsitzender, berichtete über die rechtlichen Probleme mit dem Gräberfeld und der Kapelle auf dem Karnickelberg sowie der noch immer ungenauen Zahl der Toten. Mit deutlichen Worten kritisierte er auch den niederträchtigen Umgang im Internet mit Vertretern der Opferorganisationen, wobei er besonders auf den böartigen Umgang mit den Bundesvertretern der VOS einging. Am Nachmittag fanden auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gedenkgottesdienst sowie eine Kranzniederlegung statt, die das Treffen beendeten.

Alex Latotzky (Text und nebenstehendes Foto)

Aufruf

Liebe Kameradinnen, Liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder in Berlin-Charlottenburg am Steinplatz des

17. Juni 1953 gedenken.

**Am Dienstag,
den 17. Juni um 09.30 Uhr
findet die Gedenkfeier**

der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft statt. Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Der Veranstalter ist wie immer die VOS.

Der Bundesvorstand

Immer noch spenden viele Kameradinnen und Kameraden für die VOS

Hanni und Manfred Peter, Geschwister Hohn, Willi Block, Elisabeth Ledwon, Renate Schulz, Heinz-Jürgen Klein, Erich Krause, Manfred Junker, Horst Ahrens, Gerhard Jank, Ruth und Joachim Stein, Günter Sachunsky, Eberhard Zeibig, Helga und Werner Stiehl, Gerd Ahnert, Jutta und Henri Hering, Erna Matzke, Reiner Wagner, Friderike und Egon Seel, Josef Sigl, Peter Leuteritz, Brigitte und Georg Schwerdt, Heinz-Jürgen Klein, Günther Kowalczyk, Anne Klar, Helga und Walter Lahn, Gabriele und Peter Schlegel, Ruthardt Fischer, Fritz Dähnert, Wolfgang Kirchner, Herbert Reinert, Margot Hinmüller, Helga Fenz, Hans-Ulrich Berndt.

Vorstand und Redakteur danken allen Spendern

Erschreckende Ergebnisse einer Studie

☞ Laut einer Studie der Freien Universität Berlin kannte mehr als die Hälfte (54,4 Prozent) von im Bundesland Brandenburg befragten Schülern das Jahr des Mauerbaus nicht. Fast 70 Prozent von ihnen meinten entweder, dass die Bundesrepublik vor 1989 nicht besser als die DDR war, oder sie legten sich nicht fest. Fast jeder Fünfte glaubte, dass die marode DDR-Wirtschaft, besser als die der Bundesrepublik war.



Wir trauern um

**Helmut Lange
Werner Grünzig
Irmgard Oschmann
Wolfgang Trommler
Johannes Wilhelm
Gisela Goerick**

**Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Ulm
Bezirksgruppe Arnstadt
Bezirksgruppe Oberes Vogtland
ohne
Bezirksgruppe Stuttgart**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Neue Sprechzeiten der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz.

Anschrift: VOS-Bezirksgruppe Chemnitz, Straße der Nationen 23, 09111 Chemnitz, Tel. 0371 / 457 39 40

Sprechzeit:

Jeden 1. Mittwoch im Monat von 14:30 - 17:00 Uhr oder nach Vereinbarung (Tel.: 037209 / 80481)

Universitätsklinikum Dresden sucht Studienteilnehmer

Für die Folgestudie

„Ehemalige politisch Inhaftierte in der DDR“

unter der Leitung von Prof. Andreas Maercker suchen wir diejenigen Personen, die auch an der ersten Studie 1994-1996 in Dresden teilgenommen haben. Ihre erneute Teilnahme ist sehr wichtig für uns und leistet einen bedeutsamen Beitrag zur Erforschung der Langzeitfolgen psychischer Traumatisierung durch unrechtmäßige Inhaftierung.

Wir freuen uns, wenn Sie an einer erneuten Studienteilnahme interessiert sind und uns kontaktieren. Ebenso sind wir sehr dankbar für Hinweise auf den Verbleib damaliger Studienteilnehmer durch Angehörige oder Bekannte.

Kontakt: Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Carl Gustav Carus an der Technischen Universität Dresden, Fetscherstraße 74, 01307 Dresden.

Dipl. Psych. Ira Gäbler, 0351 / 458 – 4114, Fax: 0351 / 458 – 6346, Ira.Gaebler@uniklinikum-dresden.de

Dipl. Psych. Dr. Matthias Schützwohl 0351 / 458 – 5490, Fax: 0351 / 449 - 210 276, Matthias.Schuetzwohl@tu-dresden.de

Pressemitteilung der VOS vom 18.04.2008

Gedenkstelen für DDR-Opfer eingeweiht – VOS fordert: Keine Steuergelder für Stasi-Verein GBM

Anlässlich der Einweihung von Gedenkstelen vor dem ehemaligen Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) den Berliner Senat aufgefordert, die Unterstützung der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)“ durch öffentliche Mittel zu unterbinden. Die Organisation gilt als Sammelbecken von Stasi-Kadern.

Ronald Lässig, Pressesprecher der VOS, erklärt:

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die Lichtenberger Stadträtin Framke von der Linkspartei der GBM sogar öffentliche Räume zur Verfügung stellt. Damit fließen zumindest indirekt Steuergelder in dubiose Kanäle. Wir fordern den Senat auf, diesem Treiben ein Ende zu setzen.“

Auch CDU und SPD in Lichtenberg kritisierten Framkes politische Unterstützung des Vereins und forderten die Stadträtin auf, Flugblätter der GBM aus dem Rathaus sowie die Werbung auf der Internetseite der Bezirksbibliotheken entfernen zu lassen.

Stiftungsrat wieder mit SED-Opfern

Tiedge verlässt endlich dieses Gremium

(WSt) Opfervertreter aus der Zeit nach 1945 nahmen am 7. 5. 2008 in Magdeburg wieder an der Sitzung des Rates Gedenkstättenstiftung teil, nachdem die Landtagsabgeordnete Gudrun Tiedge - und damit auch die DDR-Staatsanwältin und Stasizuträgerin - per Gesetzesänderung aus dem Stiftungsrat herausgenommen wurde.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon/ AB: 030-26552380 und 030-26552381

Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-fg.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 15.00 bis 18.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 2638

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

Redaktionsanschrift: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

redaktion@vos-fg.de Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-fg.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-fg.de

Die nächste Ausgabe (668) erscheint: Juni 2008

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 667: 18. Mai 2008